„Keinen weiteren Stillstand“ bei Langzeitarbeitslosen

12.08.2015 23:11



Seit mittlerweile 14 Jahren betreibt die Diakonie Landshut in Altdorf mit dem Hab & Gut ein Gebrauchtwarenhaus. Dieses hat für seine Kunden einen klaren Vorteil: Dadurch, dass nur gebrauchte Waren angeboten werden, spart man bei einem Einkauf bares Geld. Die Ware wird zuvor vom Personal gesichtet und gegebenenfalls aussortiert. Übrig bleibt ein preiswertes Sortiment – ein Angebot, das allein in Altdorf täglich 200-300 Kunden gerne nutzen. Ein weiterer positiver Aspekt des Gebrauchtwarenhauses ist die Wiederverwertung. Anstatt auf dem Müll zu landen, wurden durch Hab & Gut allein 2014 über 900 Tonnen an Waren weiterverkauft. Dadurch werden die Waren sinnvoll weiter genutzt und zeitgleich eine enorme Menge an Müll vermieden. Am schwersten aber wiegt der soziale Mehrwert des Projekts für die Gesellschaft. Das primäre Ziel sei es, schwer vermittelbare Menschen in eine sinnvolle Beschäftigung zu bringen. „Schwer vermittelbar kann dabei vieles bedeuten“, erläuterte Jan Ritzer, Leiter der Arbeitsprojekte der Diakonie Landshut bei Oßners Besuch. Ob Langzeitarbeitslose oder psychisch wie physisch benachteiligte Menschen – die Diakonie versuche, sie alle durch Projekte wie Hab & Gut in die Gesellschaft zu reintegrieren. 142 Personen wurden von 2008 – 2014 durch die Arbeitsprojekte der Diakonie Landshut in den ersten Arbeitsmarkt gebracht.

Langzeitarbeitslose schlechter gestellt

Dabei könne die Diakonie auf die finanzielle Förderung durch die Agentur für Arbeit, die Jobcenter der Stadt und des Landkreises Landshut, den Bezirk Niederbayern sowie durch das Zentrum Bayern Familie und Soziales bauen. Ohne diese Mittel seien Arbeitsprojekte nicht möglich. „Die derzeitige Arbeitsmarktpolitik des SPD-geführten Bundesministeriums für Arbeit und Soziales verschärfe die Situation jedoch bei Langzeitarbeitslosen weiter – vor allem auch wegen der formidablen Arbeitslosenquote“, so Ines Nößler. Gelder seien gekürzt oder umgeschichtet worden, sodass man immer weniger Personen einbinden und ihnen damit eine Chance geben könnte. Gleichzeitig würde aber der Bedarf an Arbeitskräften steigen. So hätten sowohl die Anzahl der umgesetzten Waren zwischen 2008 und 2014 um mehr als 23%, die Kundenzahlen sogar um 37% zugenommen, berichtete Ritzer.

Das Arbeitsministerium in Berlin, befürchtet die Diakonie, wolle die Problematik auf die lange Bank schieben. Das könne man aber vor Ort finanziell nicht auf Dauer durchhalten, legte Ritzer dar. Schon allein der Status Quo würde über kurz oder lang das Aus des Gebrauchtwarenhauses bedeuten – und damit

eine der letzten Eingliederungsmöglichkeiten von Langzeitarbeitslosen in der Region abschaffen. „Was wir brauchen, sind Veränderungen in der Förderung von Langzeitarbeitslosen, die im Raum Landshut 6000 Personen betreffen“, appellierte Ritzer. Schon heute müsse man Einschnitte vornehmen. Der Weg zu anderen Förderungsmöglichkeiten, etwa durch die europäische Ebene, sei bislang durch enorme bürokratische Hürden erschwert, das anlaufende ESF-Programm müsse sich noch bewähren. Zudem stünde dem Landshuter Jobcenter im Vergleich zu einem Jobcenter in Ballungsräumen wie Berlin aufgrund eines speziellen Verteilungsschlüssels pro Langzeitarbeitslosen weniger Gelder zur Verfügung.

Win-Win für alle

Oßner sicherte den Vertretern der Diakonie zu, auf seine Bundestagskollegen im zuständigen Sozialausschuss auf die sich verschärfende Situation aufmerksam zu machen. „Hier muss rasch gehandelt werden“, gab Oßner den Anwesenden Recht. Schließlich sei das Hab & Gut „eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten“. Günstiger Einkauf, die Wiederverwertung von Waren unterschiedlichster Art und gerade die Einbindung von Bevölkerungsgruppen, die leider oft am Rande der Gesellschaft stünden, mache das Gebrauchtwarenhaus zu einem Vorzeigeprojekt, meinte der Abgeordnete anerkennend. „Für unsere Region ist die Einrichtung eine große Bereicherung.“



Die Diakonie-Vertreter Jan Ritzer, Ines Nößler, Sabine Angermaier und Holger Peters sicherten sich die Unterstützung des CSU-Bundestagsabgeordneten Florian Oßner für ihre Anliegen.